

Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Bezugspreis vierteljährlich 2,50 Goldmark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. ♦ Redaktionschluss: Montag morgens 9 Uhr.

Geschäftsstelle und Schriftleitung
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: für die Petitzeile 0,40 Goldmark (Reklame 1,20 Goldmark) zur Zeit der Zahlung. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

Nachdenkliches zu unserem Verbandsjubiläum

Das 25jährige Bestehen unseres Verbandes bot uns Gelegenheit, in großen Umrissen aufzuzeigen, wie die Arbeitsverhältnisse der Bauarbeiter vor 25 Jahren waren, welche Ziele sich die Verbandsgründer stellten und was davon verwirklicht worden ist. Wir haben die Tatsachen sprechen lassen, und die bewiesen, daß es eitel Selbstverblendung oder Böswilligkeit ist, wenn heute behauptet wird, die gewerkschaftliche Arbeit sei umsonst getan, alles Kämpfen und Opfern habe nichts genützt. Nein, die Bauarbeitergewerkschaft ist in diesen 25 Jahren ein gewaltiges Stück vorangekommen in der materiellen und kulturellen Verbesserung ihrer Lage, und sie hat allen Anlaß, sich des erzielten Fortschritts zu freuen und jene energisch in die Schranken zu verweisen, die ihn aus Verärgerung oder purer Nörgelsucht verdunkeln oder gänzlich abstreiten wollen.

Aber solche rückschauende Betrachtung hat auch ihre Schattenseiten. Dem rückwärtsgekehrten Blick erscheinen Verhältnisse und Vorgänge leicht in einer gewissen Verklärung. Die Schwierigkeiten und Widerstände treten nicht oder nur sehr verschwommen hervor, die Zeiträume zwischen Forderung und Erfüllung verblassen. Man sieht lediglich den Erfolg oder auch Mißerfolg, und würdigt diesen nicht einmal, wie es gerechterweise geschehen müßte, nämlich aus dem Geiste der Zeitverhältnisse heraus. Was und wie es geworden ist, erscheint dem rückschauenden Auge so natürlich, ja selbstverständlich, und leicht drängt sich die Frage auf die Lippen: *Wurde es denn nicht so kommen?*

Die Bauarbeitergewerkschaft hat sich frühzeitig das Mitbestimmungsrecht im Arbeitsvertrage errungen. Es liegt ja so einfach, und gelegentlich kann man aus Arbeitermund wohl hören: „Mitbestimmungsrecht? Was ist denn dabei? Das mußte doch kommen.“ Ganz recht, es mußte kommen. Aber welche gewaltigen Kraftanstrengungen die organisierte Bauarbeitergewerkschaft einst an dieses Recht hat setzen müssen, darüber wird heute meist hinweggesehen. Die Alten, die es miterlebt haben, haben es vielfach vergessen, das junge Geschlecht weiß es erst gar nicht. In Wirklichkeit hat damals der Ruf nach Mitbestimmungsrecht geradezu eine Revolutionierung des Arbeitsverhältnisses bedeutet. Heute kann es sich die Arbeitergewerkschaft gegebenenfalls leisten, einen schlechten Tarifvertrag abzulehnen und zu sagen: „Dann lieber ein Weiches ohne Tarifvertrag.“ Wir streiten um den Tarifvertragsinhalt. Der grundsätzliche Kampf um den Tarifvertragsgedanken ist längst durchgezogen, zugunsten dieses Gedankens. Aber es gab auch im Baugewerbe eine Zeit, wo schon die Forderung nach Abschluß eines Tarifvertrages von den Unternehmern als Bedrohung ihrer heiligsten Rechte empfunden und mit den schärfsten Mitteln, von der Maßregelung des einzelnen bis zur Auspeirung der Gesamtheit, bekämpft wurde. Der spätere Siegeszug des Tarifvertrages in unserem Gewerbe ist gewiß der gewachsenen Einsicht auf Arbeitgeberseite mit zu verdanken. Aber bis es zu dieser Einsicht kam, hat es harter und opferreicher Kämpfe bedurft. Durch Kampf mußten die Tatsachen geschaffen werden, die schließlich allgemeine Anerkennung erzwangen. Und wenn das Prinzip in unserem Gewerbe sich rascher durchsetzte als in den meisten übrigen Gewerben und Industrien, so ist in der vorausgehenden Zeit darum um so intensiver gerungen worden. Im einzelnen ist es auch nur Schritten für Schritten und unter unendlichen Mühen und Opfern vorangegangen. Heute haben es ungezählte Arbeiter leicht, über „das bisherige“ Mitbestimmungsrecht von damals die Nase zu rümpfen; die Arbeitergewerkschaft hat ja inzwischen sehr viel weitergehende Rechte erhalten. Sie wenig „selbstverständlich“ aber das engere Mitbestimmungsrecht im Arbeitsvertrage bis in die neueste Zeit in deutschen Ländern war, beweist die Tatsache, daß das Riesenarbeiterheer der Schwerindustrie und des Bergbaues es bis zum Ende des Krieges nicht besitzen hat. Wer von jenen, die heute in aller Gewerkschaftsarbeit nur Mißerfolge sehen wollen, denkt noch daran? Das beweist, was wir feststellen wollen: Sehr vielen Arbeitern sind unter den verwirrenden Wirkungen von Revolution und Inflation die Maßstäbe für das gewerkschaftliche Erreichte und Erreichbare verloren gegangen.

Was hieß es denn praktisch, das Mitbestimmungsrecht der Bauarbeiter im Arbeitsvertrage zu erringen? Zunächst, wie gesagt, ihm grundsätzliche Anerkennung zu verschaffen. Dann aber hieß es, den Kampf für ausreichende Löhne und eine menschenwürdige Arbeitszeit führen. Dafür genügt man nur die rechten Maßstäbe, wenn man von den Verhältnissen ausgeht, wie sie damals lagen. Das Stundenlohniveau der Facharbeiter pendelte bei Gründung des Verbandes um 40 Pfennig herum, lag aber in weiten Gebieten den 30 näher als den 40! Von hier aus ist der Kampf um die Verbesserung der Löhne geführt wor-

den. Es war ein maßloser erbitterter Kampf! Nicht selten wurde wochenlang gestreikt, und das Ergebnis war ein ganzer Pfennig Lohnerhöhung. Und ist von den Arbeitern noch als ein Erfolg empfunden worden! Die Bauarbeiter begriffen damals besser als viele ihrer Berufscollegen von heute, daß für die Bewertung eines Kampfausganges nicht immer das unmittelbare Erreichte, der greifbare materielle Erfolg entscheidend ist. Es kommt sehr häufig auf die Folgewirkungen an. So ist damals mancher Kampf ohne jedes greifbare Ergebnis abgebrochen worden, von dem die Folgezeit bewies, daß er doch nicht umsonst geführt worden war. Es mußte ja vielfach den Unternehmern erst der Nachweis geliefert werden, daß die Bauarbeiter überhaupt für ihre Sache zu kämpfen verstanden. — Die noch in frischer Erinnerung befindliche große Bauarbeiterausperrung vom Jahre 1910, die neun Wochen dauerte und unserem Verbands die Riesensumme von ¼ Millionen Goldmark kostete, ist allgemein von den Bauarbeitern als ein großer Erfolg empfunden worden. Sie drehte sich sehr stark um grundsätzliche Dinge. Der materielle Erfolg war 1 Pfennig Lohnerhöhung im Kampfsjahr und je 2 Pfennig in den beiden folgenden Jahren, in 3 Jahren also 5 Pfennig Lohnerhöhung. Wir möchten heute die Gesichter unserer Kollegen sehen, wenn eine Verhandlungskommission ihnen 5 Pfennig Lohnerhöhung für drei Jahre anzubieten wagte. Damit soll nur gesagt sein, wie mühselig sich der Aufstieg der Bauarbeitergewerkschaft in der Vorkriegszeit vollzogen hat. Aber was stark hervorgehoben zu werden verdient: der gute gewerkschaftliche Geist hat dennoch angehalten, ja wuchs mit den zunehmenden Schwierigkeiten.

Nicht leichter, sondern schwerer war der Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit. Die älteren Kollegen werden sich gut erinnern, daß es in der Regel leichter war, 3 Pfennig Lohnerhöhung als auch nur eine Viertelstunde Arbeitszeitverkürzung zu erreichen. Auch hier muß man den Ausgangspunkt im Auge behalten. Wir haben im Jubiläumartikel schon festgestellt, daß bei Gründung des Verbandes die Arbeitszeit mit wenigen Ausnahmen zwölf Stunden betrug. Der zwölf- und vorher sogar dreizehnhündige Arbeitstag war im Baugewerbe eine alteingewurzelte Tradition; er hatte seit Jahrhunderten bestanden. Um so schwerer war es, in diesen Wall Breche zu schlagen. Jüngeren Kollegen mag es heute als „selbstverständlich“ erscheinen, daß die Arbeitszeit von zwölf auf zehn Stunden verkürzt werden „mußte“. Sie dürfen verichert sein, daß der Abbau von zwölf auf zehn Stunden nicht so leicht gewesen ist, wie der von zehn auf acht Stunden im November 1918, angeht die ausbrechende Revolution. In Wirklichkeit war schon die Verkürzung auf zehn Stunden mit ungewöhnlich harten Kämpfen verbunden. Dann aber verstärkte sich der Widerstand der Unternehmer auf das äußerste. Im Jahre 1907 wagten die Berliner Bauarbeiter, die damals schon längst den Neunhunderttag hatten, den großen Wurf, um den Achtstundentag nach Hause zu bringen. Der mit äußerster Kraftanstrengung geführte Kampf dauerte fast zwölf Wochen — und wurde verloren. Bis zum Ausbruch des Krieges ist es im deutschen Baugewerbe im allgemeinen bei der zehnhündigen Arbeitszeit verblieben. Der konzentrierten Kraftanstrengung der Bauarbeiterverbände gelang es lediglich, in einer Reihe Großstädte die Arbeitszeit auf neunhündig und vereinzelt schon auf neun Stunden zu verkürzen; die bei Kriegsausbruch laufenden Tarifverträge sahen für weitere Gebiete Arbeitszeitverkürzungen vor. Wenn wir auch überzeugt sind, daß die Bauarbeitergewerkschaft auch ohne Krieg und Revolution inzwischen zum Achtstundentag gekommen wäre, so beweisen diese Feststellungen doch, daß es auch in der Verkürzung der Arbeitszeit nur ganz langsam vorangegangen ist, und daß jeder kleinste Fortschritt mit harten Kämpfen und Opfern hat erkauft werden müssen.

Zu einer gerechten Würdigung des in der Vorkriegszeit Erreichten und der Kämpfe, die es ermöglichten, gehört auch die Frage, woher denn die finanziellen Mittel gekommen sind. Fast von der Geburtsstunde an ist der Verband in schwere Kämpfe mit den Arbeitgebern verwickelt worden. Ein Kampffonds war dagegen nicht vorhanden, der sollte ja erst angeammelt werden. Nun, die vorbildliche Opferwilligkeit des Gründergeschlechtes hat es möglich gemacht. Anfangs waren die Beiträge gering, 10 bis 15 Pfennige die Woche. Man erkannte bald, daß damit nichts anzufangen war. Verhältnismäßig rasch feste sich der Grundsatz durch, daß der Beitrag einen Stundenlohn zu betragen habe. Aber damit ist nicht alles gesagt. Tatsächlich wurden meist höhere Beträge gezahlt, indem man den für lokale Zwecke bestimmten Teil des Beitrags nicht einbehielt, sondern drausschlug. So wurden bereits in der Vorkriegszeit in einer ganzen Reihe Verwaltungsstellen Beiträge gezahlt, die hinsichtlich der grundsätzlichen Höhe durchaus an den heutigen Zustand herantreten. Vor allem aber spielten die Extra-, Jubiläum- und Streikbeiträge damals eine ganz andere Rolle,

als heute. In der Anfangszeit konnten die Kämpfe ja überhaupt nur auf diese Art finanziert werden. Nicht nur von den Mitgliedern in den engeren Kampfgebieten sind sie willig geleistet worden. Ueber weite räumliche Entfernungen hinweg haben Verwaltungsstellen die Hilfe für in Kampfesnot befindliche Brüder organisiert, und manchemal war ihre Tat die einzig rettende. Hier ist besonders unserer Verwaltungsstelle Berlin ein Ruhmeskranz zu flechten. In den ersten schwierigsten Jahren hat sie geradezu den finanziellen Rückhalt des Verbandes gebildet. Immer wieder haben die Berliner Kollegen Sonderbeiträge in ansehnlicher Höhe auf sich genommen, um draußen im Reich das Durchhalten von Kämpfen zu ermöglichen. Das war echte Solidarität, aber es ist nur ein Beispiel unter vielen. Sehen wir auf die Erfahrungen aus den diesjährigen Kämpfen, dann will uns scheinen, daß das Bild im ganzen zwar gut, im einzelnen aber von Verfallserscheinungen nicht freigeblieben ist. Wo es not tut, mag man eine Gewissensforschung anstellen. Auch dafür bieten Jubiläen die passende Gelegenheit.

Möglich waren die gewerkschaftlichen Erfolge der Vergangenheit nur, weil ein vorbildlicher gewerkschaftlicher Geist die Reihen der christlichen Bauarbeiter besetzte. Sie hatten begriffen, daß Gewerkschaftsarbeit nicht Himmelstürmerei, sondern Geduldsarbeit ist. Demgemäß vertrauten sie der eigenen Kraft und der Sieghaftigkeit der sittlichen Ideen, die sie an den Anfang ihres Weges gestellt hatten. So haben sie sich, Schritten für Schritten und einer Welt von Widerständen zum Trotz, den Weg zur Höhe gebahnt. Und sie hatten auch erkannt, daß die Arbeitergewerkschaft die materiellen Mittel für ihren Aufstieg selber aufzubringen hat.

Darans haben wir heute die Lehren zu ziehen. Wir müssen zurück zur alten soliden Gewerkschaftsarbeit! Wer sich durch die harte Gegenwart moralisch bereits so weit hat zermürben lassen, daß er nur noch müde und verdrossen seinen gewerkschaftlichen Strang zieht oder gar nutzlos die Hinte ins Korn wirft, der beweist nur, daß er den Gewerkschaftsgedanken innerlich nie erfaßt hat. Jawohl, die Zeit der mühelos erzielten gewerkschaftlichen Erfolge ist vorbei! Wer das heute noch nicht begriffen hat, der muß mit rauher Hand aus seinem Traum gerissen werden. Und auch nur Kinder und gewerkschaftliche Dummköpfe können annehmen, wir könnten einen Weltkrieg verlieren, ohne daß die Arbeitergewerkschaft das irgendwie zu spüren bekäme. Ungeheuerliche Reparationslasten sind die eine, Wirtschaftskrise und soziale Reaktion die andere Folge. Wer gerade diese Tatsachen beweisen, wie bitter notwendig die Arbeitergewerkschaft ihre gewerkschaftliche Organisation künftig hat. Wir haben zu kämpfen, daß die Lasten aus Friedensvertrag und Dawesabkommen nicht einseitig der Arbeitergewerkschaft aufgebürdet, sondern gerecht verteilt werden. Die Methode, nach der der Kampf zu führen ist, kann nach dem oben Gesagten nicht zweifelhaft sein. Sinn für das Mögliche, beherztes Zulassen, Opferwilligkeit und vor allem ein unerbittlicher Idealismus sind die Voraussetzungen des Erfolges.

Stabilisierung[schmerzen]

Als wir noch vor Jahresfrist tief unter den Seiden der Inflationszeit saßen, da hatten wir alle nur einen Wunsch: „Möchte diese Zeit nur bald ein Ende nehmen, und uns alle bewegte die bange Frage: „Wann wird das sein?“ So mancher hat in jenen Tagen in die Vergangenheit der Geschichte geblickt und nach ähnlichen Ereignissen Ausschau, um zu sehen, wie die ihr Ende genommen haben.

Aber wie überrascht war er, wenn er z. B. die Inflation und ihren Ausgang in Amerika nach dem Bürgerkrieg, 1861-65, studierte. Als damals die Umlaufmittel verringert wurden, also eine Deflation eintrat, da waren alle über die wirtschaftlichen Störungen erstaunt, und nicht nur die breite Masse, sondern sogar Männer der Wissenschaft begannen, die Inflation zu preisen. „Die Grubers“, so sagte man, „sind wie ein Tau auf das Land gefallen.“

Das hätte man in der Vorkriegszeit unserer Inflation niemals verstanden. Gewiß steht die Entwertung der deutschen Mark mit ihrer ganzen Durchbarkeit einzig da in der Geschichte, und deshalb wäre es für einen einseitigen Deutschen ganz unentbehrlich, die Zeit als eine legendenreiche Preisen zu werten. Dennoch gibt es heute, da wir die Schmerzen der Stabilisierung tragen

müssen, manch' einen, der sich ehrlieh sagt: „Während der Inflation ging es mir besser.“ Gewiß wollen wir hier nicht von Bankiers und Valutaspekulanten sprechen, welche ganz bestimmt diesem Ausspruch beipflichten würden. Aber auch mancher Arbeiter und Angestellter muß heute sich eingestehen: „Damals hatte ich wenigstens noch Arbeit und verdiente etwas, wenn der Lohn sich auch schnell entwertete.“ Die Schmachtheit selbst nach solchen Zeiten kann dann leicht bei Entmutigten und Enttäuschten auftauchen.

Demgegenüber heißt es ruhigen und klaren Blick behalten für die wirtschaftlichen Entwicklungen, welche wir durchmachen müssen. Es geht unserer Volkswirtschaft ähnlich wie einem Kranken, der sich auf dem Wege der Besserung befindet; er selbst fühlt diese vielleicht noch nicht und ist geneigt, den Mut zu verlieren. Der Arzt aber, der den Verlauf der Krankheit verfolgt, weiß, daß die innere Genesung begonnen hat.

Mit der Ueberwindung der Inflation ist ein großer Krankheitsherd unserer Volkswirtschaft beseitigt, aber er ist nicht der einzige. Ja, in der Zeit der Geldentwertung sind durch die Scheinblüte unserer Wirtschaft manche Krankheits Symptome verdeckt worden, die erst jetzt deutlich zutage treten, so z. B. die Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt. Als die Marktlage sank, wurde gearbeitet, namentlich für das Ausland, das ja nirgends so billig kaufte als bei uns. Dadurch floß auch dem Arbeiter und Angestellten Verdienst zu, den er wegen der Geldentwertung schnell in Sachwerten anlegen mußte. So wurde auch im Innere künstlich ein großer Bedarf geschöpft, und es entstand das Hamstern von Waren, Aktien und Devisen. Daher ist es überhaupt charakteristisch für jene Zeit, daß diese Dinge stark überbewertet wurden gegenüber einer Unterbewertung des in Menge vorhandenen Geldes, welches durch sein ständiges Sinken jene Werterschätzung hervorrief.

Diese wirtschaftliche Blüte der Inflationszeit war kein gesundes Zeichen, man kann sie mit der Rote im Gesicht eines Schwindsüchtigen vergleichen. Eine normale Wirtschaft darf nicht nur ihr Kapital an Betriebsmitteln erhalten und dabei nur ein Kapital annähernd erhalten, sondern sie muß einen Ertrag erzielen. Wie stand es aber um diesen in der Zeit der Geldentwertung?

Das Produkt unserer Arbeit wurde für einen Schleuderpfeil an das Ausland abgegeben — der bekannte Ausverkauf Deutschlands. Der Erlös der Ware kam vielfach gar nicht zurück nach Deutschland, er blieb im wertbeständigen Ausland und ging so unserer Wirtschaft verloren. Auch wurde die Arbeitskraft zu niedrig entlohnt, sie wurde zugunsten unserer Abnehmer ausgenutzt. Um das Geld vor Entwertung zu schützen, wurden oft Anschaffungen gemacht, die volkswirtschaftlich unproduktiv, ja oft schädlich waren, so namentlich die Einführung von Luxusartikeln aus dem Ausland. Mit einem Wort: unsere Volkswirtschaft hatte nicht nur keinen Ertrag, sondern sie verlor auch noch ihre Substanz. Darum war es allen Wirtschaftlern, leider nur zu spät, klar: Erst die Inflation beseitigen; die stabile Währung ist die Grundlage unseres wirtschaftlichen Aufbaus.

Diese Voraussetzung ist seit Einführung der Rentenmark erfüllt. Alles Dangen und Fürchten, diese Stabilisierung sei keine dauernde, hat sich als unberechtigt

erwiesen. Wir haben eine feste Währung! Doch welche Beobachtung müssen wir jetzt machen! Erleben wir jetzt nicht fast das Gegenteil von dem, was wir während der Inflationszeit sahen? Das früher so unbeständige Geld behält jetzt fast seinen Wert. Wie aber ist die Werterschätzung der Waren, der Aktien, ja selbst der Devisen gesunken! Man kann sagen: alles ist zu haben, selbst die früher den Städtern fast unerschöpfbaren Erzeugnisse der Landwirtschaft, alles wird angeboten, nur das Geld ist knapp. Jetzt zeigt unsere Volkswirtschaft ihr wahres Gesicht; jetzt können wir die Wunden sehen, die ihr der Krieg, der Versailler Vertrag und zuletzt noch die Inflation geschlagen haben. Der Gehalts- und Lohnempfänger kann nicht kaufen, weil er wenig oder gar nichts verdient, es wird aber wenig verdient, weil die Betriebe nicht in vollem Maße produzieren können, und das findet seinen Grund wieder darin, daß kein Kapital und kein Absatz vorhanden ist. Der Marktverkauf unserer Volkswirtschaft ist ins Stocken geraten. Wir sehen gerade die entgegengesetzte Eigenart der Inflationszeit: Ueberbewertung des Geldes und Unterbewertung der Sachwerte.

Dennoch brauchen wir die Hoffnung keineswegs zu verlieren. Wir werden wieder einen normalen Ausgleich zwischen Geld- und Sachbewertung erzielen und die wirtschaftlichen Störungen allmählich beseitigen, wenn es uns gelingt, unsere Wirtschaft wieder ertragsreich zu gestalten. Hierzu ist aber unbedingt erforderlich, daß unserer Wirtschaft Kapital zugeführt wird und daß sich unsere Produkte wieder ein entsprechendes Absatzgebiet auf dem Weltmarkt erobern.

Das zum Wiederaufbau notwendige Kapital kann an sich inländisches und ausländisches sein. Wir dürfen uns allerdings nicht verhehlen, daß die Rettungsmöglichkeiten durch inländisches Kapital äußerst gering sind. Durch Krieg und Versailler Vertrag sind wir ein kapitalarmes Land geworden. Immerhin wird sich auch in unserem Vaterlande noch mancher Geldgeber finden, wenn er erst Vertrauen zu der günstigen Entwicklung unserer Wirtschaft gewonnen hat. Die hauptsächlichste Hilfe in finanzieller Hinsicht muß vom Auslande erwartet werden. Dieses hat ein Interesse an unserem Aufstieg, denn eine sterbende Volkswirtschaft kann keine Reparationen zahlen. Allerdings ist zugleich auch eine Furcht vor der Konkurrenz Deutschlands vorhanden. Gerade hier zeigt sich deutlich und klar der politische Hintergrund dieser ganzen wirtschaftlichen Frage. Werden die internationalen politischen Probleme so gelöst, daß dem Auslande Vertrauen zu uns eingebläht wird, so wird man uns den Kredit nicht vorenthalten, und der Gesundungsprozeß wird dann schneller vor sich gehen. Das jetzt in Kraft getretene Dawes-Abkommen ist nur ein Anfang auf diesem Wege.

Eine zweite Frage ist die des Abzuges; im Innlande hebt er sich von selbst mit der steigenden Konsumkraft des Volkes, wenn die Produktion durch Kapitalzufuß erhöht ist. Doch das deutsche Volk kann sich vom eigenen Grund und Boden nicht ernähren, es ist auf die Zufuhr von Industrieerzeugnissen angewiesen, um dafür Lebensmittel und Rohstoffe einführen zu können. Unsere Wirtschaft kann nicht gedeihen, wenn wir uns nicht wieder auf dem Weltmarkt einen Platz an der Sonne erobern. Auch hier werden wir wieder auf unsere internationale Stellung hingewiesen. Wir müssen, so schwierig es auch sein mag, unsere wirtschaftliche Isolierung auf dem Welt-

markt zu beseitigen suchen. Voraussetzung ist also wieder: Lösung der internationalen Konflikte, insbesondere Lösung des Reparationsproblems. Ob das Dawes-Abkommen wirklich eine solche ist, können nur die Tatsachen erweisen. Fürs erste dürfte eine gewisse Erleichterung unserer Lage eintreten.

Wir sehen, daß der Weg der wirtschaftlichen Gesundung, welchen unser Vaterland zurücklegen muß, noch schwierig und steil ist. Aber er ist nicht aussichtslos. Es gilt nur, Kraft und Ausdauer zu besaßen, um über diese gegenwärtige schwierige Zeit hinweg zu kommen und zielbewußt das einmal begonnene Werk weiter zu führen.

Evangelisch-soziale Führertagung

Die Soziale Botenschaft des Evangelischen Kirchentages ist mit freudiger Benützung insbesondere von der Arbeitererschaft, soweit diese bewußt auf evangelisch-kirchlichem Boden steht, aufgenommen worden. Es gilt nunmehr die praktischen Folgerungen aus der Sozialen Botenschaft zu ziehen. Diesem Zweck diene eine Tagung der führenden Persönlichkeiten in der sozialen Bewegung, die anfangs August in Bethel bei Bielefeld stattfindet. Außerst stark beachtet von leitenden Persönlichkeiten der evangelisch-sozialen Bewegung, insbesondere von evangelischen Arbeitervereinen und christlichen Gewerkschaften, beschäftigte sich die Tagung mit der „sozialen Aufgabe des evangelischen Volkes“ und mit der „evangelischen Arbeiterbewegung“.

Der Referent zur ersten Frage, D. Mumm, hob nachdrücklich hervor, daß das deutsche Volk in die Schmach gekommen sei durch seine soziale Zerrissenheit. Soziale Aufgabe des evangelischen Volkes sei die Erfüllung seiner Kirche mit durchflutendem Leben. Für die Durchführung jeder christlichen und sozialen Politik aber sind Evangelische und Katholiken aufeinander angewiesen. Es gibt keine deutsche Volksgemeinschaft ohne friedliche Gemeinschaftsarbeit beider Konfessionen. Zum zweiten Thema sprach Gewerkschaftssekretär Dube. Seine Forderungen gipfelten in der Stärkung und Zusammenarbeit von evangelischen Arbeitervereinen und christlichen Gewerkschaften.

Aus der sehr fruchtbaren Aussprache sind vor allem die Auslassungen des Geschäftsführers des Bielefelder Arbeitgeberverbandes Wiegand bemerkenswert, der betonte, die evangelischen Arbeitgeber möchten sich der Zugehörigkeit zur evangelischen Kirche und ihren Grundgedanken bewußt werden; er hat, einen diesbezüglichen Appell an sie ergehen zu lassen. Notwendig sei vor allem der Wille zur unbedingten Arbeitsgemeinschaft. Nur auf diesem Wege gebe es einen Wiederaufbau.

Die Tagung nahm drei Entschlüsse an. Die erste Entschlußfassung beschäftigt sich mit der sozialen Durchdringung der kirchlichen Körperschaften. Die zweite Entschlußfassung bittet, die Gründung einer Vereinigung bewußt evangelischer und nationaler Arbeitgeber zu erwägen. Die dritte Entschlußfassung, die auch zur Gewerkschaftsfrage Stellung nimmt, besagt:

„Die äußerst zahlreich von Angehörigen verschiedener Volksschichten besuchte evangelische Führertagung in Bethel stellt zur Verwirklichung der sozialen Botenschaft des Deutsch-evangelischen Kirchentages die

Vom Werden des deutschen Staates

V.

Die Hohenstaufenzeit (1139—1254) erscheint uns als der Inbegriff mittelalterlicher deutscher Kaiserherrlichkeit. Der mächtigste dieses Geschlechtes aber war Friedrich I. Barbarossa, der Rothbart. Seine ganz überragende Persönlichkeit bedingte und verhängte seine Herrschaft im ganzen gewaltigen Reich, die er wie kein anderer auszeichnet hat. Auf der Höhe seiner Macht gebot er unumstößlich in Deutschland, Italien und Burgund, waren ihm Polen und Dänemark tributpflichtig. Im Bewußtsein seiner Stärke unterließ er wie kein anderer zu seinen Reichsfürsten die besten Beziehungen, indem er ihnen weite Zugeständnisse machte. Als bedeutendstes für die Zukunft ist die Erhebung des Fürsten von Böhmen zum König zu nennen. Der Kampf Friedrichs mit seinem mächtigen Vetter Heinrich dem Löwen, der ihm die Westseezone verlagte und so seine Niederlage gegen die oberitalienischen Städte veranlaßte, ist eigentlich nur ein Zwischenfall. Er endete mit dem vollen Siege des Kaisers, der 1180 an Heinrichs Stelle den ersten Wittelsbacher zum bayerischen Herzog ernannte; das Haus der Wittelsbacher hat dort die Herrschaft bis 1918 bewahrt.

Es ist nur zu natürlich, daß dieser kraftvolle Herrscher auch wieder mit der Kirche in Streit geriet, denn das Wormser Konkordat hatte nur für die Zeit Heinrichs V. Geltung. Friedrich suchte wieder entscheidenden Einfluß auf die Besetzung der Bischofsstühle zu gewinnen, während der Papst sogar das Uebergewicht und den Vorrang der Kirche über Staat und Kaiserreich zu wahren wollte. Der Gegenstand des Kampfes war für lange Zeit der einzige englische Papst Hadrian IV. Der Kampf wogte hin und her und führte vorübergehend zu einer Niederlage des Kaisers, nachdem der Papst sich mit den oberitalienischen Städten verbündet hatte. Im Jahre 1177, genau hundert Jahre nach Canossa, erfolgte dann in Benedig Versöhnung und Ausgleich, etwa auf der Grundlage des Konkordates.

Gegen Ende seines Lebens hat Friedrich den verhängnisvollen Griff nach Unteritalien, indem er sich durch Verzicht auf den Sohn die Zustimmung auf dies Land sicherte. Eindeutiger ausbrach ein rein politischer Streit zwischen Kaiser und Papst, dessen Selbständigkeit nun von Nord und Süd von gleichen Herrschern bedroht war. Mit ungeschwächter Erbitterung führte er schließlich den Untergang der Hohenstaufen herbei und brachte das Deutsche Reich der Auflösung und dem Untergange nahe.

Der kaiserliche Träger dieses Kampfes war Friedrich II., Enkel Barbarossas. In ihm war die Schmach nach dem Süden so groß, daß er seine Reize nach Unteritalien verlegte und Deutschland nur noch im Nebenamt regierte. Die Folge für Deutschland war die, daß sofort die Territorialherren, die schon unter Barbarossa ziemliche Freiheit genossen hatten, gebündelt nur durch seine Persönlichkeit, ihre Macht im weitestgehenden Maße erweiterten. 1231 werden sie zum erstenmal als Landesherren bezeichnet. Schon vorher hatte der Kaiser aus Interessellosigkeit für Deutschland auf jede Mitwirkung bei Ernennung der Bischöfe verzichtet.

Den Kampf gegen den Papst aber führte er mit größter Hartnäckigkeit und äußerstem Geschick von Unteritalien aus, das er mit neuem Blick zum ersten modernen Staatsminister ausgestattet hatte. Aber eine Entscheidung konnte er nicht erzwingen. Im Gegenteil: er wurde mehrmals gebannt und nun dem Konzil zu Sagan 1245 für abgesetzt erklärt. Und nun wählten die deutschen Fürsten, ihren Blick nur auf eigene Machterweiterung und Selbstgewinn gerichtet, sich einen ausländischen Gegenkönig! Die deutsche Kaisermacht, die Vormacht Europas, war vernichtet; das bisher zum großen Teil abhängige Ausland mußte sich mitbestimmend in unsere Angelegenheiten. Es beginnt die „kaiserlose, die jahrelange Zeit“ des Interregnums. Nicht mehr als einen äußeren Abschluß bedeutet es, daß der letzte Hohenstaufenproß Konradin, ein schwärmerischer Jüngling, noch einmal über die Alpen zog, um Unteritalien zu erobern, aber vom nun französischen Schirmherren des Papstes gefangen und hingerichtet wird. (1268).

Das Weil Deutschlands und die Hoffnung auf seine Weiterentwicklung beruhte nun auf den Territorialfürsten. Denn gab es aber so viele, daß eine Karte vom damaligen Deutschen Reich wie ein buntes Karrekell aussieht. Die Rücksicht auf all ihres Handels für einander, miteinander und gegeneinander war der kräftigste Eigenantrieb. Allerdings konnten auch diese Herren nicht ganz nach eigenem Gutdünken handeln und wanken, denn nach alter germanischer und deutscher Sitte mußten sie sich von den „Landknechten“ beraten lassen.

Eine große Last allerdings, und für die Zukunft die größte des Mittelalters, haben die Territorialgewalten vollbracht, nämlich die Kolonisation des slavischen Ostens. Dieses Werk war seit den Tagen der ersten slavischen Kaiser liegen geblieben, und zwar aus besonderem Grunde: Das 10. bis 12. Jahrhundert ist die Geburtszeit der mittelalterlichen Kultur. Ohne dringenden Ueberdruß an Bevölkerung hatte man mit sich selbst zu tun. Damals entstanden die Städte, die alle überflüssige und produktive

Kraft an sich zogen, soweit sie nicht für die Züge nach Italien verwendet wurde. Erst als der Dom der Kultur fertig ausgebaut war, entstand der Drang, dies köstliche Gut nach Osten zu tragen.

Mit aller Deutlichkeit muß betont werden, daß diese Kolonisation ein Werk des Friedens, meist des Pfuges, war, mit einer einzigen Ausnahme (Preußen!). Die beiden ersten und gewaltigsten Vorkämpfer für das Deutschtum im Osten sind Heinrich der Löwe, der deswegen in jenen verderblichen Streit mit Barbarossa geriet, und Albrecht der Bär. Heinrich arbeitete besonders in Pommern, Danemark (wo vor ihm schon Otto von Bamberg gewirkt hatte) und Mecklenburg, wo von ihm die Bistümer Lübeck, Schwerin und Radeburg begründet wurden, Albrecht hauptsächlich in der heutigen Mark Brandenburg. Die wichtigsten Hilfskräfte waren schon damals die Orden der Tischerzenser und Prämonstratenser.

Bis zum 14. Jahrhundert hindurch strömen von da an ununterbrochen Wellen deutscher Kolonisten aus allen Gegenden nach Osten. Vor Bayern aus schieben sie sich durch Österreich, Steiermark, Krain bis weit nach Ungarn und Siebenbürgen hinein, und trennen so Nord- und Südslawen voneinander, womit die Vorbedingung für Gründung und Bestand der österrömisches Monarchie gegeben war. Die Polenkönige riefen Ansiedler in ihr Land, ihr Seitenzweig der Pfaffen nach Schlesien, der Böhmenherren nach den Randgebirgen, um dort die Bergwerke auszuwerten, wie ja auch heute noch die Deutschen von allen Gebirgsseiten ins Böhmerland hinschauen.

Alle diese Taten werden überträgt von der des Deutschritterordens, der damals ganz Preußen und die Ostprovinzen dem Deutschtum einwarf. Schon vorher hatte er auf Wunsch des dortigen Königs in Ungarn gesessen und Kronstadt gegründet; nun ging er auf den Willen des Polenkönigs und mit dem Privilegium Kaiser Friedrichs II. unter dem Hochmeister Hermann v. Salza 1226 nach Preußen, eroberte blutig Schritt für Schritt das Land, führte es durch Burgon (Marienburg), Christianisierung und durchrückte es dann mit deutscher Kultur. So ist ganz Preußen, auch Westpreußen, deutsches Land, durch deutsche Kraft und Kultur erworben.

Und all diese Kolonisten haben, obwohl sie doch in harter Minderheit waren, ihr Volkstum nicht nur behauptet (wie noch heute in Rußland, Ungarn, Siebenbürgen), sondern fast überall auch zum herrschenden erhoben. Ein sprechender Zeugnis für die Kraft damaliger deutscher Kultur gibt es nicht. Starke Mitwirkung kommt hierbei sicher auch dem einigenden und glanzvollen Namen des deutschen Kaisertums zu, das schon deswegen seine volle Berechtigung hätte. Georg Nowotnik.

Stärkung der evangelischen Arbeitervereine und der christlich-nationalen Gewerkschaften als eine Notwendigkeit an. Sie fordert daher alle evangelischen Arbeitnehmer auf, sich zur Wahrung ihrer kulturellen und religiösen Interessen den evangelischen Arbeiter- und Arbeiterinnenvereinen und zur Verteidigung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Belange den interkonfessionellen christlich-nationalen Gewerkschaften anzuschließen. Nur durch positive Mitarbeit in den evangelischen Arbeitervereinen und christlich-nationalen Gewerkschaften kann sich die evangelische Arbeitnehmerenschaft allenthalben die ihr gebührende Berücksichtigung verschaffen. Vor der Gründung konfessioneller Gewerkschaften warnt die evangelische Führerschaft aus Gründen des Arbeiter- und Staatsinteresses eindringlichst.

Die letzte Entschiedenheit wurde gegen zwei Stimmen von Mitgliedern evangelischer Arbeitervereine, die gleichzeitig „gelben“ Berufsverbänden angehören, angenommen. Die Entschiedenheit und Geschlossenheit, mit der die Tagung für die christlich-nationalen interkonfessionellen Gewerkschaften und gegen evangelische Gewerkschaften, sowie gegen die gelben vaterländischen Berufs- und Werkvereine Stellung nahm, zeigte klar, was von den Tendenzmeldungen der Gelben über eine starke Abspaltung evangelischer Kreise von den christlichen Gewerkschaften zu halten ist.

Allgemeine Rundschau

Behorftene Ratifizierung des Washingtoner Arbeitszeitabkommens?

Die Arbeitsminister Deutschlands, Frankreichs, Englands und Belgiens waren soeben in Bern versammelt, um über die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens entgegengesetzten Schwierigkeiten zu beraten. Ueber das Ergebnis wird amtlich gemeldet:

„Nachdem die Minister erneut festgestellt hatten, daß es vor allem aus kulturellen und sozialen Gründen erwünscht sei, auf der Grundlage des Washingtoner Abkommens zu einer brauchbaren internationalen Anwendung des Achtstundentages zu gelangen, wurde das Abkommen einer eingehenden Nachprüfung unterzogen. Sie bezweckten dabei, die unter ihnen etwa bestehenden Auslegungsschwierigkeiten zu beseitigen und so ihren Regierungen die Ratifizierung zu erleichtern. Es konnte festgestellt werden, daß in den meisten Punkten ihre Auffassungen übereinstimmen oder doch nicht sehr erheblich voneinander abweichen. Die Konferenz schloß demnach unter dem allgemeinen Eindruck, daß es möglich sein wird, zu einer gemeinsamen Ratifizierung des Washingtoner Übereinkommens zu gelangen.“

Das Washingtoner Abkommen ist bisher von keinem der größeren Industriestaaten ratifiziert. Jeder fürchtete eine Konkurrenzüberlegenheit des anderen, falls er ratifiziere, der Gegner aber nicht. Diese Schwierigkeiten scheinen nunmehr überwunden zu sein. Ueber die im Zusammenhang mit den Auslegungsschwierigkeiten erwähnte Erleichterung der Ratifizierung wird näheres zu hören sein. Es dürfte auf eine Lockerung des Abkommens hinausgekommen sein.

Die deutschen Unternehmer sind schärfstens gegen die Ratifizierung. Die deutschen Gewerkschaften haben sich für die Ratifizierung und gegebenenfalls ihre Verbeiführung durch Volksentscheid ausgesprochen.

Infolge der lärmvollen Agitation der Sozialdemokratie für den Volksentscheid, die nicht zuletzt parteipolitischen Interessen entsprang, ist in weiten Arbeiterkreisen die Auffassung entstanden, die Ratifizierung bedeute die Wiederherstellung des Achtstundentages in seiner bisherigen Strenge und seine internationale Sicherung. Das ist ein großer Irrtum. Das Washingtoner Abkommen enthält weniger als wir bisher hatten, und läßt mehr zu, als wir jetzt haben. Wir kommen in einer der nächsten Nummern auf den Inhalt des Abkommens ausführlich zurück.

„Sagen Sie nichts von der Neutralität“

Die Breslauer sozialdemokratische Parteileitung hat an die dortigen freien Gewerkschaften unterm 11. Juli ein Rundschreiben gerichtet, in dem es nach einer Betrachtung der politischen Lage u. a. heißt:

„Die Gewerkschaften, die den einzigen parlamentarischen Rückhalt an der Sozialdemokratie haben, müssen die bis dahin geübte Gleichgültigkeit aufgeben und bemüht für eine Ausbreitung der Sozialdemokratie in den Gewerkschaftsversammlungen eintreten. Sagen Sie nichts von der Neutralität. In die glaubt man bei den Kommunisten so wie so nicht, und Ihre Aufgabe bleibt es doch, abzuwehren, ob Sie wollen oder nicht, die Angriffe der K.P.D., deren Redner Sie so wie so mit der S.P.D. identifizieren. Der Sieb ist auch in diesem Falle die beste Verteidigung.“

Lassen Sie keine Versammlung ausfallen, ohne für die Partei gewonnen zu haben. Was die „Volksmacht“ für die arbeitende Bevölkerung darstellt, wissen Sie, behalten Sie aber dieses Wissen nicht für sich, sondern teilen Sie es den Versammlungsbesuchern mit. Machen Sie ferner Ihre Versammlungen, deren Thema in den letzten Jahren das ewige Gerede der Lohnbewegung darstellte, interessant, indem Sie zu irgendwelchen aktuellen Fragen Redner von der Parteileitung anfordern. Wenn ferner darauf hingewirkt wird, daß neben den gewerkschaftlichen Vertrauenspersonen in allen Betrieben politische Funktionäre gewählt werden, so werden mit ziemlicher Sicherheit Partei und Gewerkschaften Erfolge zu verzeichnen haben.“

Am 20. Septbr. 1924 ist der achtunddreißigste Wochenbeitrag für das Jahr 1924 fällig.

Wenn die sozialdemokratische Partei in ihrem Rundschreiben ausdrücklich sagt, nichts in den Gewerkschaftsversammlungen von Neutralität zu reden, weil die Kommunisten das doch nicht glauben, so können wir von uns nur sagen, wir haben auch nie daran geglaubt. Weil eben diese Neutralität tatsächlich nie vorhanden war, deshalb haben wir christliche Gewerkschaften gegründet.

Die Getreidepreise über Friedensstand!

Auf dem Getreidemarkt ist vor etwa zwei Monaten eine Wendung eingetreten. Während bis dahin eine stagnierende, ja rückläufige Preisentwicklung zu beobachten war, ziehen neuerdings die Preise scharf an. Die amtlichen Notierungen der Berliner Börse ergeben folgendes Bild:

	Weizen	Roggen	Safer	Sommergerste
	(in Goldmark je Tonne)			
1. Juli . . .	139—144	127—134	124—134	138—147
31.	185—190	137—143	147—153	162—171
1. September .	208—213	170—176	159—159	205—216
Durchschn. 1913	198,8	164,4	162,2	192,8*

*) Braugerste.
Danach ist der Friedenspreisstand bei allen Getreidearten überhritten! Die Aufwärtsbewegung der Preise hat auch nach dem 1. September angehalten, ja sich verschärft fortgesetzt. Bei unserem hauptsächlichsten Brotgetreide, dem Roggen, liegen die Verhältnisse bereits so bedenklich, daß die Regierung sich veranlaßt sah, einzugreifen, wie aus folgender WTB-Meldung hervorgeht:

„Der Roggenpreis hat in der letzten Zeit eine außerordentliche Steigerung erfahren. Er ist an der Berliner Produktenbörse von 150 M. für die Tonne am 26. August auf 180 M. für die Tonne am 5. September, also um 20 Prozent, und von Freitag auf Sonnabend von 180 M. auf 190 M. gestiegen. Die Verpätung der Ernte, die durch das fortwährende regnerische Wetter fast in allen Teilen Deutschlands eingetreten ist, hat das Angebot von Inlandsgetreide außerordentlich verringert und seitens der Mühlen und des Konjums starke Nachfrage hervorgerufen. Unter diesen Umständen ist es geboten erschienen, die Erteilung der für die Ausfuhr von Roggen, Weizen (Speis- und Dinkel), Safer und Gerste erforderlichen Unbedenklichkeitsbescheinigungen vorübergehend von Montag, den 8. September an, einzustellen. Der Reichskommissar für Ernährung und Landwirtschaft ist entsprechend angewiesen worden.“

Die Politik des Reichsernährungsministeriums ist etwas zweipolig. Vor mehreren Wochen hat es die Ausfuhrbeschränkung für Roggen aufgehoben, offenbar um die Preise zu steigern, welche Wirkung auch prompt eintrat. Jetzt hat es die Ausfuhr wieder verboten, was doch nur so gut werden kann, daß ihm mindestens eine weitere Preissteigerung unerwünscht ist. Fast im gleichen Atemzug hat es dem Reichstag die Schutzollvorlage unterbreitet, die wiederum den ausgesprochenen Zweck verfolgt, die Getreidepreise zu erhöhen, und zwar noch über den Weltmarktpreis hinaus. Wir meinen, daß von der Wiedereinführung landwirtschaftlicher Schutzölle solange nicht die Rede sein kann, als sich die Preisentwicklung auf dem Getreidemarkt hinsichtlich ihrer endgültigen Tendenz nicht klarer übersehen läßt, als das gegenwärtig der Fall ist. Im Augenblick ist hier, wie die obigen Zahlen beweisen, noch alles im Fließen. Und dann darf u. E. die Erledigung der agrarischen Schutzölle nur im Rahmen eines kompletten Posttarifs erfolgen.

Der 16. Genossenschaftstag des Reichsverbandes deutscher Konsumvereine

fand am 27. und 28. Juli in Berlin statt. Dem Verbande gehörten am 1. Januar d. J. rund 500 Genossenschaften mit über 800 000 Mitgliedern an. Die Zahl der Warenabgabestellen ist im Berichtsjahre auf rund 2000 gestiegen. 32 Genossenschaften betreiben Eigenproduktion. Die gegenwärtige schlechte Lage vieler Konsumgenossenschaften sei hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß man sich bei der Preisfestsetzung mehr von genossenschaftlich-sozialen, als von kaufmännischen Gesichtspunkten habe leiten lassen, daß man sich geirrt habe, den Wiederbeschaffungspreis zu nehmen. Mittel zum Wiederaufbau seien vor allem: Neufinanzierung durch entsprechende Pflege des Sparkassengeschäftes, Debung des Umsatzes und Minderung der Unkosten, Bergroßierung der Warenumschlagsgeschwindigkeit, Rückkehr zu den alten, gesunden Geschäftsmethoden der Vorkriegszeit, genossenschaftliche Propaganda, kaufmännische Klame, Festhalten an der Gesamtbewegung des Reichsverbandes, Benutzung der Einrichtungen des Reichsverbandes.

In einer Entscheidung wurde an die Reichsregierung die Bitte gerichtet, angesichts der seitens der Konsumgenossenschaften im Preisabbau gebrachten großen Opfer, sowie der Bedeutung derselben für Staat und Volk, mittels Kreditabgabe die gegenwärtige Tätigkeit der Konsumvereine auch zukünftig sicherzustellen. Sehr lehrreiche Vorträge auf der Tagung wurden gehalten über: Konsumgenossenschaftsbewegung und Volksgemeinschaft, weiter über: Die Schicksalsgemeinschaft der Konsumvereine und endlich über die: Konzeptionelle Verbearbeitung der Konsumvereine. Alles in allem nahm der 16. Genossenschaftstag einen lehrreichen und sicherlich auch nutzbringenden Verlauf. Im Anschluß hieran wurde den überaus großen Betriebsanlagen des über 100 000 Mitglieder zählenden Berliner Beamten-Wirtschaftsvereins ein Besuch abge-

stattet, der bei allen Teilnehmern die besten Eindrücke hinterließ.

Lohneinkommen und Lohnabzüge

Wer die heutigen Löhne mit den früheren vergleichen will, darf nicht über die Bedeutung der Lohnabzüge hinwegsehen. Sie sind heute erheblich höher als in der Vorkriegszeit! Dabei soll hier vom Steuerabzug gar nicht einmal die Rede sein. Schon bei den Beiträgen zur Sozialversicherung ergeben sich gegen früher gewaltige Mehrleistungen. Ein Vergleich des Gesamteinkommens an Beiträgen — wobei das Einkommen von 1924 auf Schätzungen des Reichsarbeitsministeriums beruht — zeigt nach einer Darstellung im „Deutschen“ folgendes Bild:

	1913			1924		
	Arbeitgeber	Arbeitnehmer	insgesamt	Arbeitgeber	Arbeitnehmer	insgesamt
Krankenversicherung . . .	160,7	326,3	487,0	250	500	750
Invalidenversicherung . . .	145,0	145,0	290,0	180	180	360
Unfallversicherung . . .	194,7	—	194,7	120	—	120
Angestelltenversicherung . .	68,6	68,6	137,2	55	55	110
Erwerbslosenfürsorge . . .	—	—	—	110	110	220
	569,0	539,9	1108,9	715	845	1560
Reichszuschuß zur Invalidenversicherung				58,5		66
zusammen			1167,4			1626

Nach dieser Schätzung beträgt die Mehrleistung etwa 40 Prozent. Wesentlich höher aber ist die Mehrleistung nach einer Gegenüberstellung der „Sozialversicherungs-Korrespondenz“. Hiernach betragen die Beiträge zur Sozialversicherung in Prozentfäßen von der Lohnsumme des einzelnen Arbeitnehmers gegenwärtig:

	Davon tragen	
	Arbeitgeber	Arbeitnehmer
Invalidenversicherung . . .	4 v. H.	2 v. H.
Krankenversicherung . . .	6,6 „	2,2 „
Unfallversicherung . . .	3 „	3 „
Erwerbslosenfürsorge . . .	3 „	1,5 „
zusammen	16,6 v. H.	8,7 v. H.

Die Beiträge in der Vorkriegszeit betragen:

	Davon tragen	
	Arbeitgeber	Arbeitnehmer
Invalidenversicherung . . .	2 v. H.	1 v. H.
Krankenversicherung . . .	3,9 „	1,3 „
Unfallversicherung . . .	2 „	2 „
zusammen	7,9 v. H.	4,3 v. H.

Die Beitragsleistungen haben sich also mehr als verdoppelt. Dabei ist zu beachten, daß viele Krankenkassen heute höhere Beitragsätze als 6,6 v. H. erheben, und daß das gegenüber der Vorkriegszeit niedrigere Arbeitseinkommen bei erheblich höheren Beitragsätzen schärfer zur Beitragsleistung herangezogen wird. Die Beitragsleistung fällt daher um so schwerer ins Gewicht.

Der Raubbau an der Arbeitskraft

Die „Frankfurter Zeitung“ schrieb kürzlich: „Sozialpolitik und soziales Gefühl sind in der jetzigen Krise mit vielem anderen „abgekauft“ worden. Der harte Zwang der Krise mag für manches eine Erklärung geben. Mancher Unternehmer wird auch gegen seinen eigenen besseren Willen durch die Not zu brutal wirkenden Handlungen gezwungen worden sein. Darüber hinaus aber bleibt vieles, was nur durch eine unheilvolle Kurzsichtigkeit erklärt werden kann. — Auf einer Konferenz der Arbeiterssekretäre des Verbandes katholischer Arbeitervereine Westdeutschlands in Hagen in Westfalen wurde dargelegt, wie sich die andauernde Arbeitslosigkeit mit unzureichenden Unterstützungsätzen, die Kurzarbeiten, völlig ungenügende Entlohnung in Verbindung mit verlängerter Arbeitszeit und der gleichzeitigen Herausbildung eines rücksichtslosen Antreiber-systems, in erschreckend ansteigenden Krankheitsziffern äußern. Unterernährung, Blutarmut und Erschöpfung nahmen zu und drohten die Arbeitskraft zu zerrütten. — Wer kann bei einiger Ueberlegung ernsthaft glauben, daß auf diese Weise mit diesem Raubbau an der Arbeitskraft Volk und Wirtschaft zur Gesundung kommen können?“

Ganz recht! Die Unternehmer treiben, sagen wir einmal, Wirtschaftspolitik. Staat und Wirtschaft werden aber nur aufgebaut werden können, wenn Wirtschaft und Sozialpolitik getrieben wird.

Tarifbewegung

Die Solidarität der Arbeitgeber

Die Vereinigung der Arbeitgeberverbände der freien Stadt Danzig verbandte während des (kürzlich beendeten) Kampfes im Saugwerbe an ihre Unterverbände folgendes Rundschreiben:

Wie durch die Presse bekanntgeworden, hat der Arbeitgeberverband für Dachs- und Tischbau die Teilstreiks der Arbeitnehmer mit Ausprägung der gesamten Bauarbeiter beantwortet. Der Kampf wird vom Saugwerbe gegen eine vom Tarifamt festgesetzte weitere Erhöhung der Stundenlöhne im Interesse der Allgemeinheit (!) geführt, da die augenblickliche Lage sämtlicher Wirtschaftskreise eine weitere Befastigung nicht zuläßt. Das Malergewerbe befindet sich ebenfalls in einem Abwehrkampf gegen Teilstreiks.

Der geschäftsführende Ausschuß der Vereinigung der Arbeitgeberverbände hat sich daher in seiner Sitzung am 17. mit diesen beiden Gewerben solidarisch erklärt und zunächst folgende Unterstützungsmaßnahmen beschlossen, die den Mitgliedern des dortigen Verbandes umgehend bekanntzugeben und von ihnen reiflos einzuhalten sind.

1. Einstellung von Arbeitern des Bau- und Malergewerbes ist strikte zu vermeiden. Bei Reaktivierung

gen ist die bisherige Beschäftigung des Arbeiters einwandfrei aus seinem Steuerbuche festzustellen. Einstellungen ohne Vorlegung des Steuerbuchs sind zu unterlassen.

2. Bis zur Beendigung des Kampfes in den genannten Gewerben dürfen Lohn- und Gehaltszulagen nicht bewilligt werden.

3. Die durch Aussperrungen bezw. Streiks unterbrochenen Bau- und Maleraufträge müssen bis zur Beendigung des Kampfes ruhen bleiben. Es ist unter- sagt, diese Arbeiten entweder in eigener Regie oder durch einen Architekten unter Umgehung und Schädigung des ursprünglichen Unternehmers ausführen zu lassen.

Verstöße gegen diese Bestimmungen unter den Mitgliedern der Verbände sind von dem Vorsitzenden rück- sichtslos zu verfolgen. Sollten die Einwirkungen des Vor- sitzenden keinen Erfolg haben, so sind derartige Fälle der Vereinigung zu melden, die Mittel und Wege finden wird, dem Standpunkt der strikten Solidarität der Unternehmerschaft Geltung zu verschaffen. Das Baugewerbe steht geschlossen da wie nie zuvor. Anders lautende Berichte sind Versuche der Ge- genseite, die geschlossene Front des Bau- und Maler- gewerbes zu untergraben.

Die übrigen Verbände müssen dafür sorgen, daß sie die gleiche Geschlossenheit zeigen.

Der Geschäftsführer. gez. Dr. Rodatz.

Wenn so die Arbeitgeber Solidarität üben, wie viel mehr hat die Arbeiterchaft die Pflicht, sich der solidari- schen Verbundenheit ihrer Interessen bewußt zu sein! Auch von der Bauarbeiterchaft muß es, zumal in ihren gegenwärtigen Kämpfen, heißen: Sie steht geschlossen da wie nie zuvor, unterstützt sich gegenseitig auf das beste. Zu dieser Unterstützung gehört auch die gewissenhafte Entrichtung der in den einzelnen Kampfgebieten ausge- schriebenen Zuschlags- und Ertragsbeiträge.

Die Aussperrung in Westdeutschland beendet

Der in der letzten Nummer mitgeteilte Schiedsspruch wurde von den Bauarbeiterverbänden abgelehnt. In einer neuen Verhandlung vor dem amtlichen Schlichter haben die Arbeitgeber weitere Zugeständnisse gemacht. Die Arbeit ist daraufhin wieder aufgenommen worden. Wir kommen in der nächsten Nummer ausführlich auf das Ergebnis zurück.

Sozialpolitik

Sk. Die Anwartschaft in der Invaliden- und Angestelltenversicherung. Nachdem der Zwang zur Doppelversicherung in der Invaliden- und Angestellten- versicherung beseitigt worden ist, taucht vielfach die Frage auf, ob eine freiwillige Versicherung in den genannten Versicherungszweigen nicht ratsam erscheine. Grundrüh- rig ist die Bestimmung getroffen, daß eine etwaige Rente nur aus einem Versicherungszweig gezahlt werden darf. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Renten in der Angestelltenversicherung höher sind als in der Invaliden- versicherung. Wer sich also eine höhere Rente sichern will, für den empfiehlt sich eine freiwillige Versicherung in der Angestelltenversicherung, falls er aus dieser in- folge seiner Beschäftigung einmal auszutreten sollte. Eine freiwillige Leitterversicherung in der Invalidenversiche- rung ist im umgekehrten Falle nicht zu empfehlen, es sei denn, daß die Anwartschaft in beiden Versicherungen noch nicht erreicht ist. Durch die Beitragsleistung zu der einen Versicherung wird gleichzeitig die Anwartschaft in der anderen Versicherung aufrecht erhalten. Dabei rechnen vier Wochenbeiträge der Invalidenversicherung gleich einem Monatsbeitrag der Angestelltenversicherung, d. h. soweit die Beiträge nicht für dieselbe Zeit ge- stellt sind. In Fällen, wo die Wartezeit in keinem der beiden Versicherungszweige erfüllt ist, kann die feh- lende Zeit zur Erfüllung der Anwartschaft der Inva- lidenversicherung durch entrichtete Beiträge der Ange- stellterversicherung ausgefüllt werden. Die Wartezeit in der Angestelltenversicherung kann durch Beiträge zur Invalidenversicherung nicht ausgefüllt werden, weil sie hier bedeutend länger ist. Bekanntlich haben sich die Renten in beiden Versicherungen aus einem Grundbetrag zu bilden, wozu in der Invalidenversicherung noch ein Reichszuschuß von 48 Mark jährlich tritt. In der Ange- stellterversicherung beträgt dieser 360 Mark jährlich, in der Invalidenversicherung 120 Mark jährlich. Diese Grundbeträge werden durch alle vom 1. Januar 1924 ab geleisteten Beiträge um 10 v. H. dieser Beiträge jährlich gesteigert. Der Steigerungsbetrag rechnet für freiwillig in beiden Versicherungen Versicherte auch für beide Zweige.

Sk. Die Krankenversicherung in den Jahren 1919, 1920, 1921. Das Statistische Reichsamt bearbeitete für das Jahr 1921 815 Krankenkassen statistisch, gegen 681 im Vorjahr und 907 im Jahre 1919. Der Rück- gang beruht größtenteils auf den Gebietsverlusten des Deutschen Reichs durch den Friedensvertrag von Versaillies. Die Anzahl der Mitglieder betrug 1921 17 442 378, ein Anwachsen von 33 742 Mitgliedern gegen das Vor- jahr und von 1 601 225 gegen 1919. Die Vermehrung erfolgte hauptsächlich bei den Ortskrankenkassen (rund 34 000 gegen 1919), aber auch die Jurnungs- und Land- krankenkassen hatten teil daran.

Von 100 Einwohnern waren im Jahre 1921 durch- schnittlich 28,7 gegen Krankheit in öffentlichen Kassen versichert, gegen 27,7 im Jahre 1920 und 25,9 im Jahre 1919. Die Verschiebung zwischen dem Anteil des männ- lichen und weiblichen Geschlechtes bei den Mitgliedern, die in den Kriegsjahren zugunsten des weiblichen Ge-

schlechtes sehr stark war, wurde im Jahre 1921 wieder ausgeglichen. Auf 100 männliche Mitglieder kamen 63,8 weibliche gegen 64,4 im Jahre 1920, 70,4 im Jahre 1919 und 105,4 im Jahre 1918. Die weiblichen Mit- glieder überwiegen jetzt nur in den Landkrankenkassen (landwirtschaftliche Dienstboten).

Die Beiträge umfassen 98 Prozent, die Zusat- zbeiträge 0,2 Prozent der gesamten Reineinnahmen. Wei- tere Mittel flossen den Kassen als Erträge aus Kapital- anlagen, Vermögensrestbeständen bei Zusammenlegung von Kassen, freiwilligen Zuwendungen, Strafgebern usw. zu.

Innerhalb der Reinausgaben, die sich aus Krank- heits- und Verwaltungskosten und „sonstigen Ausgaben“ zusammensetzen, betragen die Krankheitskosten 1919: 88,1 Prozent, 1920: 88,2 Prozent, 1921: 89,1 Prozent der Gesamtausgaben; die Verwaltungskosten 1919: 10,5 Prozent, 1920: 10,5 Prozent, 1921: 9,5 Prozent.

Die Kosten für Krankenbehandlung verteilen sich zu 88 Prozent auf Arztkosten, 7 Prozent auf Zahnarztkosten und zu 5 Prozent auf Krankenbehandlung und Geburts- hilfe durch andere Heilpersonen. Arznei und Heilmittel wurden zu 79 Prozent aus Apotheken bezogen, bei den Landkrankenkassen zu 92 Prozent.

Reichsversorgungsgesetz und Kreditbeschaffung.

Vom Zentralverband deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegserhinterbliebener E. V., Berlin NW 18, wird uns geschrieben: Seit der Festigung der deutschen Währung macht sich, wie allenthalben, auch in den Kreisen der Kriegserntner ein steigendes Kreditbedürfnis bemerkbar. Vor allem sind es erwerbslose und baunüchtige Kriegserntner, die auf Grund des Reichsversorgungsgesetzes auf dem Wege der Kapitalabfindung oder der Dar- lehensgewährung die erforderlichen Varmittel beschaffen wollen. Nach den bestehenden Vorschriften kommt die Ge- währung einer Kapitalabfindung zur Gründung oder Stützung einer neuen Existenz nicht in Betracht. Nur zum „Erwerb oder zur wirtschaftlichen Stärkung eigenen Grundbesitzes“ (RVO. § 72) kann (1) sie gewährt werden. Wie in solchen Fällen etwa auf Grund des § 68 RVO. in dringenden Notfällen Hilfe geboten werden kann, ist eine Frage, die vorerst noch einer individuellen Beratung vorbehalten bleiben muß. Zur Auskunfterteilung sind alle Ortsgruppen des Zentralverbandes deutscher Kriegs- beschädigter und Kriegserhinterbliebener gern bereit. Für Siedlungszwecke dagegen kann nach dem Wortlaut des Reichsversorgungsgesetzes an sich eine Kapitalabfindung gewährt werden. Im Zeichen des Sparzins hat das Reich aber die Abfindungsmöglichkeit stark beschränkt. So wurde auf dem Verordnungswege angeordnet (RVO. 1924, Nr. 20, Abs. 2), daß erstmalige Kapitalabfin- dungsanträge nur ausnahmsweise, und zwar nur dann genehmigt werden dürfen, wenn die Verjagung eine besondere Härte darstellen würde. Alle anderen Anträge sollen vorerst grundsätzlich abgewiesen werden. Es sieht das Reichsversorgungsgesetz noch eine andere Möglichkeit der Kreditgewährung für die Fälle vor, „in denen die Be- schaffung eines Kapitalbetrages an Stelle einer fortlaufenden Rente den wirtschaftlichen Interessen der Versorgungsberechtigten besonders dienlich ist.“ (Ausj.-Best. zu § 68 RVO. Abs. 1) In der Praxis werden es jene Fälle sein, in denen ein Kriegserntner gezwungen ist, für Repara- turen oder Neubauten, für Ergänzung oder Erneuerung von landwirtschaftlichen Geräten oder beruflichen Hand- werkzeugen usw. Aufwendungen zu machen, die die der- zeitige Finanzkraft übersteigen. Hier wird alles darauf ankommen, daß den Haupt- und den Fürsorgestellen zu- reichende Geldbeträge „etwa durch die Kreditgemeinschaft gemeinnütziger Selbsthilfsorganisationen“ vermittelt wer- den, um den fortwährenden Kreditbedürfnissen wenigstens einigermaßen genügen zu können. In jedem Falle aber wird es sich empfehlen, von der nächstgelegenen Beratungs- stelle oder Ortsgruppe des Zentralverbandes deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegserhinterbliebener sachverständigen Rat einzuholen.

Bau-Rundschau

Die Bautätigkeit im August 1924

Nach dem Baurechnungsbericht der „Bauwelt“ wurden im Monat August 1487 Wohnhausbauten und 321 sonstige Bauvorhaben (einschl. gewerblicher Bauten) mit- geteilt. Im August 1923 betrug die Zahl der ge- meldeten Bauvorhaben 612 Wohnhaus- und 311 andere Bauten. Im Juli 1924 zählten wir 1408 Wohnhaus- und 368 sonstige Bauvorhaben.

Zur Lage der Baustoffindustrie

Schreibt der „Deutsche“: Die geringen Absatzmöglichkeiten und vor allem auch die ungünstigen Witterungsverhältnisse haben die Sommerziegeleien in den letzten Wochen größtenteils zum Stillstand gebracht. Das Streichen und Pressen der Ziegel ist überall eingestellt. Nur die Brenn- arbeiten sind noch teilweise in Gang. Der größte Teil der Wandziegel ist bereits in die Heimat zurückgeführt. Der Rest schickt sich zur Heimreise an. Sehr große Vorräte an Mauerziegeln, wie man sie in der Vorkriegszeit in schlechten Baujahren beobachten konnte, sind nicht vorhan- den. Der Verband der Ziegelveräußerervereinigungen, dessen Tages eine geraume Zeit für eine Reihe wichtiger Ziegel- gebiete kaum mehr in Erscheinung trat, entfaltet wieder eine recht rege Tätigkeit, um das Netz der Veräußerer- einigungen wieder möglichst lückenlos über ganz Deutsch- land zu ziehen. Selbst in der Mark Brandenburg, wo das Ziegelprodukt seit vielen Monaten sehr im Argen lag, bemühen sich namhafte Firmen, größere Lieferver- träge mit der Kaiserl. Preis freibleibend nach dem Stand

am Tag der Lieferung zu tätigen. Ein Anziehen der Ziegelpreise macht sich bereits allgemein bemerkbar. Die Dachziegelwerke arbeiten stark eingeschränkt. In der Brüggens-Kalenderischen Gegend sind kürzlich wieder meh- rere Ofen neu in Betrieb gesetzt worden. Die Erzeugung beträgt dort etwa 50 v. H. der Normalleistung. In Bayern sind zwei weitere Werke stillgelegt worden. — In der Beschäftigungslage der Zementindustrie hat sich in den letzten Wochen nichts Wesentliches geändert. Im rheinisch-westfälischen Zementgebiet hat die Kurzarbeit noch weitere Ausdehnung erfahren. Man hofft aber durch die in Aussicht stehenden Verkehrsvereinfachungen zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet und die in den letzten Wochen wieder stärker hervorgetretenen neuen Bauvor- haben für die nächsten Wochen eine Besserung. — In der Kalkindustrie ruhen vier Fünftel der Produktions- anlagen wegen Absatzmangel. Der Absatz an die chemische Industrie ist weiter zurückgegangen. Desgleichen an die Kalksandsteinwerke. Die Ausfuhr hat nahezu völlig auf- gehört. Das besetzte Gebiet hat schwerer mit der belgischen Konkurrenz zu kämpfen. Von gewissen Seiten machen sich starke Bestrebungen nach Einfuhr schwedischer und dänischer Kalkes bemerkbar, obwohl Kalk in gleicher Güte und Beschaffenheit in Deutschland in großen Mengen vorhanden ist.

Bücherchau

Arbeitszeit-Merkblatt, Arbeitszeit, Ueberstunden, Pausen, Nacharbeit und Sonntagsarbeit für Arbeiter und Angestellte: be- arbeitet von Gewerberat Rohde, Berlin-Steglitz. Carl Hey- manns Verlag, Berlin 1924. Taschenformat 8 Seiten. Preis 20 Pf., 10 Stück 1,50 M. Das Merkblatt enthält in einer knappen und übersichtlichen Darstellung die betr. Vorschriften aus den Arbeits- zeitverordnungen und der Gewerbeordnung; auf die einzelnen Ge- setzparagrafen ist überall hingewiesen. Für die Verbands- angehörigen, Vorstände und Betriebsräte wird es ein guter, kurzer Wegweiser sein. Bei der Darstellung auf knappmöglichem Raum konnten natürlich nur die allg. Grundsätze Berücksichtigung finden; in Zweifelsfällen sind die angegebenen Verord- nungen einzusehen.

Kalkbeton im Hochbau. Ein Wegweiser. Preis 0,30 M. Verbandslohn 0,05 M. Auf acht Seiten ist in knapper Form das Wichtigste über den Kalkbetonhochbau zusammengefaßt. Begriffs- erklärung, Verwendung des Kalkbetons im Hochbau, die einzelnen Bestandteile, die Mischungsverhältnisse, wie die Kalkarten, das Kalk- lösen und die Herstellung des Baues sind in kurzen Zügen er- läutert. Die kleine Schrift bietet allen Hausbesitzern viel Anregung und kann zur Anschaffung bestens empfohlen werden.

Leitfaden für den Kalkbeton-Hochbau. Preis 0,90 M. Verbandslohn 0,05 M. Auf 31 Seiten ist eingehender als in der vorgenannten Schrift das für den Kalkbeton-Hochbau Wissenswerte zusammengefaßt. Bindemittel und Zuschläge sind näher beschrieben, ihre Eignung für den Kalkbeton-Hochbau hervorgehoben. Das Wichtigste ist eingehend behandelt. Besonders wertvoll sind die hier zuerst veröffentlichten Untersuchungsresultate von Kalkbeton, wobei z. B. für die Mischung 1 Kalk, trocken gelösteter Guffat, 4 Kalk- sand, 4 Kalk. Kleinladung unter Beigabe von 1/4 Kalk. Zement eine Druckfestigkeit von 54 kg/qcm und für eine Mischung 1 Kalk: 2 Zement: 8 Sand: 15 Kleinladung 207 kg/qcm nach 28 Tagen erzielt wurde. Im Umfang wird das Maß- und Probenlösen des Kalkes ausführlich beschrieben und eine übersichtliche Kalktabel gebracht.

Bekanntmachung

Verwaltungsstelle Siegen i. W.

Laut Beschluß des Vorstandes der Verwaltungsstelle Siegen findet am Sonntag, den 19. Oktober 1924, mor- gens 10 Uhr beginnend, im Verbandslokal zu Siegen, Sandstraße 82 (Gasthaus Mengede, kleiner Saal, Erd- geschoss), unsere diesjährige **Verwaltungsstellentkonferenz** statt.

Tagesordnung:

1. Geschäfts- und Jahresbericht.
2. Bericht der Ortsgruppen.
3. Bericht über die allgem. Lage, Tarifwesen: Ref. Kollege Häuschen, Köln.
4. Vortrag: 25 Jahre christliche Gewerkschaftsbewegung. Ref. Kollege Hinsen, Siegen.

Zu dieser Konferenz haben alle der Verwaltungsstelle Siegen angehörenden Ortsgruppen mindestens 1 Dele- gierten zu entsenden. Um allseitige Teilnahme bittet:

Der Verwaltungsstellenvorstand.

S. A.:
Fritz Niedernhöfer, Vorsitzender,
J. Behler, Geschäftsführer.

Sterbetafel

Am 15. August starb unser langjähriges, treues Mitglied **Peter Kremer** aus Großenliden infolge Njhma. **Verwaltungsstelle Fulda.**

Am 1. September starb unser Kollege, der Maurer- polier **Franz Lampe** infolge Grippe im Alter von 54 Jahren. **Verwaltungsstelle Hildesheim.**

Ehre ihrem Andenken!

Kautabak billig! Nur an Zahlstellen.

Kannewacker, Grimm und Trepel, Doms, Cramer, dünne, mittel, dicke Rollen und Kufeisenform; per Stück 12 Pfg., Cramer 15 Pfg., bei einem Mindestquantum von 250 Stk. Verpackung und Porto frei, ab Stammhaus per Nachnahme zuzüglich Nachnahmeporto. **S. Trumpeter, Barmbe.**